

# PRESSEMITTEILUNG

Brüssel/Leipzig, den 10.04.2013

## **Winkler warnt vor Zerreißprobe für die EU durch Kroatien-Beitritt**

Vor einer ernsthaften Bedrohung für den Zusammenhalt der Europäischen Union durch den Beitritt neuer Mitgliedstaaten in der aktuellen Situation warnt der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler. Mit Blick auf die bevorstehenden Entscheidungen zum Beitritt Kroatiens als 28. EU-Mitgliedstaat sagte Winkler in Brüssel: „Die Europäische Union befindet sich in der schwersten Krise seit ihrer Gründung. Wer in einer solchen Situation weitere Länder aufnimmt, handelt verantwortungslos und gefährdet Europa als Ganzes. Wenn das Haus vom Einsturz bedroht ist, darf man nicht ständig neue Bewohner einladen, sondern muss das Gebäude sichern. Daher muss die derzeitige Devise ‚Konsolidierung vor Erweiterung‘ lauten und Deutschland ein entsprechendes Zeichen setzen.“

Dabei stellte der Europaabgeordnete klar, dass sich seine Kritik nicht auf Kroatien als Land bezieht, sondern gegen den übereilten Erweiterungsprozess der Europäischen Union im Allgemeinen richtet. „In der Vergangenheit hat bei der Erweiterung der EU leider zu oft das Prinzip Hoffnung gesiegt. Obwohl wichtige Kriterien nicht erfüllt waren, wurden beispielsweise Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 aufgenommen. Nun zeigt sich, dass diese Länder die grassierende Korruption und rechtsstaatliche Defizite nicht in den Griff bekommen und damit zum Problem für Europa werden. In Kroatien finden wir eine ähnliche Situation vor, die durch eine rapide zunehmende Verschuldung und eine stagnierende Wirtschaft noch verschärft wird. Das Haushaltsdefizit liegt bei ca. 6 Prozent und ist damit doppelt so hoch, wie von der EU vorgegeben. Weiter liegen mir konkrete Beispiele vor, wie durch Korruption und nicht rechtsstaatliche Verfahren, ausländische Unternehmer bei Investitionen in Kroatien behindert werden. Auslandsinvestitionen, die Kroatiens Wirtschaft dringend brauchte.“, so Hermann Winkler.

Es sei der Bevölkerung nicht erklärbar, warum die EU angesichts der erheblichen Schwierigkeiten in Zypern, Griechenland, Portugal und anderen Mitgliedstaaten nun weitere Problemkandidaten aufnehmen solle: „Die Krise in Europa ist nicht vorbei und die Europäische Union muss all ihre Kraft darauf verwenden, die inneren Herausforderungen zu meistern. Auch wenn die Wahrheit schmerzt, müssen wir ihr ins Auge blicken. Daher halte ich es für ein notwendiges Signal, dass Bundestag und Bundesrat gegen einen Beitritt Kroatiens zum 1. Juli 2013 stimmen.“

### Hintergrund

Im Europäischen Parlament wird in der kommenden Plenarwoche eine Debatte zu diesem Thema stattfinden. Anlass dafür ist der sogenannte Überwachungsbericht der Kommission. Das Beitrittsabkommen muss noch durch alle nationalen Parlamente ratifiziert werden, um wirksam zu werden. Neben Deutschland hat lediglich Dänemark bisher noch nicht ratifiziert. Die Abstimmung im Bundestag findet am 16. oder 17. Mai statt, der Bundesrat stimmt am 7. Juni darüber ab.